



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

11.5177.02

ED/P115177
Basel, 14. September 2011

Regierungsratsbeschluss
vom 13. September 2011

Interpellation Nr. 46 Sibylle Benz Hübner betreffend Geschichts- und Politikunterricht (Eingereicht vor der Grossratssitzung vom Mittwoch, 14. September 2011)

„Ungeachtet der politischen Ausrichtung verlangen die meisten politischen Parteien eine Verbesserung des politischen Unterrichts an den Schulen. Zu diesem Thema liegen zahlreiche politische Vorstösse in unserem aber auch in andern kantonalen Parlamenten vor. Um das Funktionieren unserer Gesellschaft und unseres Wirtschaftsraums in Vergangenheit und Gegenwart und mit ihren bzw. seinen Zukunftsperspektiven zu verstehen, ist eine gute Ausbildung der Schülerinnen und Schüler in den Fächern Geschichte und Geographie, Staatskunde bzw. Politikunterricht, Geschichte von Religionen und Kulturen, Wirtschaft und Recht und weitere verwandte Fachbereiche Voraussetzung. Die gegenwärtigen Arbeiten am Lehrplan 21 weisen nun aber darauf hin, dass sowohl der Geschichts- und Geographieunterricht geschmälert als auch der politische Unterricht nicht ausgebaut werden.

Die Fachbereiche Geographie und Geschichte wurden bisher in der Sekundarstufe I mit je zwei Wochenstunden dotiert, sollen aber neu unter dem Label "Raum und Zeit bzw. Räume, Zeiten, Gesellschaften" nur noch mit 3 Stunden insgesamt dotiert werden. Ob alle somit ungenügend dotierten Themen- bzw. Fachbereiche in der neu ausgewiesenen Fächergruppe "Ethik, Religionen, Gemeinschaft" wirklich Platz finden werden, ist nicht genügend geklärt.

Ich frage deshalb den Regierungsrat an, wie es zu vereinbaren ist, dass in einer Zeit, da generell ein Ausbau und eine Vertiefung von gesellschaftsbildendem, historischem und politischem Unterricht verstärkt nachgefragt wird, ein Lehrplan mit einer Stundendotation aufgebaut wird, der dem in der Öffentlichkeit nachgefragten Anliegen in keiner Weise genügt, ja geradezu widerspricht, wenn man die Kürzung der Stundendotationen für die Fächergruppen Geographie und Geschichte betrachtet.

Auch der Unterricht auf der Sekundarstufe II wird die Anforderungen nicht erfüllen können, wenn die Schülerinnen und Schüler mit zu wenig Grundausbildung aus der Sekundarstufe I entlassen werden.

Kann der Regierungsrat die Weichen im letzten Moment noch korrigieren und für eine ausreichende Stundendotation in den Fachbereichen Geschichte und Geographie und verwandten Fächern sorgen und verhindern, dass hier mit dem neuen Lehrplan sogar ein Abbau anstatt eines Ausbaus stattfindet?

Sibylle Benz Hübner“

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Wie in der Interpellation ausgeführt, tangiert ein umfassendes Verständnis von politischer Bildung eine ganze Reihe von Fächern – von Geschichte, Geographie und Staatskunde über Deutsch und die Geschichte von Religionen und Kulturen bis hin zur Wirtschaft und zum Recht. Die im Rahmen der politischen Bildung zu erwerbenden Kompetenzen sind dementsprechend ihrem Wesen nach klar überfachlicher Natur; ein eigenes Fach „politische Bildung“ wird es daher auch künftig nicht gegeben, weder im Kanton Basel-Stadt noch in anderen Deutschschweizer Kantonen.

Die für eine Verbesserung der politischen Bildung nötigen Massnahmen haben sich innerhalb des Spielraums des Lehrplans 21 zu bewegen, für dessen Umsetzung sich der Grosse Rat durch den Beitritt zum HarmoS-Konkordat vor einem guten Jahr entschlossen hat. Indem sich der Lehrplan 21 in seinem Aufbau nicht an Fächern, sondern an Fachbereichen orientiert, erleichtert er grundsätzlich das Vermitteln überfachlicher Inhalte wie solche der politischen Bildung. Fast alle im Lehrplan 21 vorgesehenen überfachlichen Themen sind mit der als breite Aufgabe verstandenen politischen Bildung eng verknüpft (Demokratie und Menschenrechte, Globale Entwicklung und Frieden, Kulturelle Identität und interkulturelle Verständigung, Gender und Gleichstellung, Umwelt und Ressourcen, Wirtschaft und Konsum, Gesundheit, berufliche Orientierung sowie ICT und Medien“).

Ein fairer und objektiver Vergleich zwischen bisheriger und künftiger Stundendotation im Bereich der politischen Bildung ist aufgrund der sich verändernden Bezugsgrössen (Fächer, Fachbereiche) ein schwieriges Unterfangen. Die im Interpellationstext dargelegte Gegenüberstellung der bisherigen Lektionen in den Fächern Geschichte und Geographie mit den künftigen Lektionen im Bereich „Räume, Zeiten und Gesellschaften“ greift zu kurz, da sie den überfachlichen Charakter der politischen Bildung zu wenig stark berücksichtigt.

Gemäss Lehrplan 21 ist die politische Bildung dem Fachbereich „Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften“ zuzuordnen (vgl. die am 18. März 2010 von der Plenarversammlung der deutschsprachigen EDK-Regionen verabschiedeten „Grundlagen zum Lehrplan 21“). Dieser Fachbereich erfährt im Rahmen des Lehrplans 21 gesamtschweizerisch keine Kürzung, sondern einen Ausbau, nämlich von 21,3 % auf 23,1 % des gesamten Volksschulunterrichts (vgl. Seiten 29 f. der „Grundlagen für den Lehrplan 21“).


Selbst auf Ebene der Fachbereiche ist aber ein Vergleich von bisheriger und künftiger Stundendotation schwierig. Exemplarisch zeigt sich dies an der heutigen Primarschule des Kantons Basel-Stadt, wo der sogenannte „Sach- und Heimatunterricht“ für sich genommen keine einzige Stunde zugesprochen erhält, sondern in den Gesamtunterricht einbezogen ist, also beispielsweise im Fach Deutsch stattfindet.

Viel wichtiger als der Ausbau der Stundendotation respektive der Verzicht auf einen Abbau der Stundendotation des betroffenen Fachbereichs ist letztlich aber ohnehin die didaktische und inhaltliche Umsetzung konkreter Massnahmen im Bereich der politischen Bildung an der Schule vor Ort. Denn selbst ein Ausbau der Stundendotation im nämlichen Fachbereich garantiert für sich genommen keineswegs die beabsichtigte Verbesserung und Stärkung der politischen Bildung.

Das Erziehungsdepartement wird sich daher dafür einsetzen, dass bei der Umsetzung des Lehrplans 21 im Bereich der politischen Bildung für jeden der betroffenen Fachbereiche

konkrete Verantwortlichkeiten definiert werden (soweit sinnvoll auch unter Einbezug von Projektarbeiten). Diese sollen verbindlich festlegen, in welchem Fachbereich (und damit von welchen Lehrpersonen) welche Kompetenzen der politischen Bildung in welchem Umfang zu fördern sind. Nach Möglichkeit soll dieses Vorhaben in Zusammenarbeit mit den Partnerkantonen des Bildungsraums Nordwestschweiz in Angriff genommen werden. Einzelne Kantone haben diesbezüglich bereits Vorarbeiten geleistet.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatschreiberin